

Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 24. September 2024

<i>Organisationseinheit:</i> Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung <i>Sachbearbeitung:</i> Ralf Göhmann	<i>Datum</i> 15.11.2024
--	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i> Ausschuss für Soziales und Gesundheit (Entscheidung)	<i>Geplante Sitzungstermine</i> 26.11.2024	<i>Ö / N</i> Ö
--	---	-------------------

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

„Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom
24. September 2024 wird genehmigt.“

Finanzielle Auswirkungen:

Beschluss hat finanzielle Auswirkungen:
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung:

Nein
Ja

Ja, in der Drs. erläutert
Nein, in der Drs. erläutert

Anlage/n

1	Protokoll vom 24. September 2024
---	----------------------------------

in Vertretung

Richert
Erster Kreisrat

Landkreis Northeim

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

Sitzungstermin: Dienstag, 24.09.2024

Sitzungsbeginn: 16:02 Uhr

Sitzungsende: 17:36 Uhr

Ort, Raum: Sitzungssaal, Medenheimer Straße 6/8, 37154 Northeim

Vorsitz

Peter Traupe

Kreistagsabgeordnete

Adrian Kühn

Vertretung für: Uwe Schwarz

Gerd Kimpel

Vertretung für: Beatrix Tappe-
Rostalski (online)

Hans-Dietmar Kreitz

Heidi Emunds

Heike Ropeter

Heiner Hegeler

(online) bis TOP 5 16:40 Uhr

Jan Ebeling

Jens Wolkenhauer

(online)

Mathias Figge

Vertretung für: Nadine Seifert-Doods
(online)

Thorsten Kühn

Vertretung für: Heiner Hegeler ab
16:40 Uhr TOP 6 (online)

Tom Hendrik Becker

(online)

Uwe Jahns

(online)

Grundmandat

Maik Schmitz

(online)

Beratende Mitglieder

Christel Eppenstein

Kornelia Ilsemann

von der Verwaltung

Jörg Richert

Erster Kreisrat, Dezernent Sicherheit
und Ordnung

Harald Rode

Dezernent Jugend und Soziales

Jan-Christopher Linck

Dezernent Kreisentwicklung

Julia Kögler

Gleichstellungsbeauftragte (online)

Frank Brandt

Fachbereichsleitung 36 Pflege,
Betreuung und Jugendberufshilfe

Tanja Brandes	Fachbereichsleitung (Verw.) 16 Gesundheitsdienste
Ralf Göhmann	Fachbereich 34 Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung / Protokollführung
David Schrader	Fachbereich 34 Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung / Technik

Beirat für Menschen mit Behinderungen

Monika Nölting

Sachverständige

Herr Thomas Schmitt-Schäfer	Mitarbeiter Fa. Transfer (zu TOP 4)
Herr Torsten Bauer	Bürgermeister Stadt Uslar (zu TOP 5)
Herr Dr. Thomas Carl Stiller	Hausarzt in Uslar-Volpriehausen (zu TOP 5)
Herr Dr. Philip Degener	Geschäftsführer KVN Göttingen (zu TOP 5 online)
Herr Stefan Schäfer	Geschäftsführer Jobcenter LK Northeim (zu TOP 9)

Tagesordnung

öffentlicher Teil

Drs.-Nr.	Punkt	
	1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
	2	Einwohnerfragestunde
0948/20	3	Genehmigung des Protokolls über Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 6. Juni 2024
0974/20	4	Örtlicher Pflegebericht 2024 des Landkreises Northeim
0008/20/ A-2	5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion; Einrichtung eines Regionalen Versorgungszentrums
0021/20/ A-1	6	Antrag der Kreistagsgruppe CDU/ FDP/ Die Unabhängigen; Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II sowie § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis Northeim etablieren
0022/20/ A-1	7	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion; Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit für Asylbewerber in den Kommunen im Sinne des Asylbewerberleistungsgesetzes
0023/20/ A-1	8	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion; Geldzahlungen stoppen – Bezahlkarte für Asylbewerber sofort einführen
0030/20/ A-1	9	Antrag der AfD-Kreistagsfraktion; Überprüfung von Sozialleistungsbetrug
	10	Mitteilungen und Anfragen
	11	Einwohnerfragestunde

Protokoll öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit um 16:02 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

3. 0948/20 Genehmigung des Protokolls über Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 6. Juni 2024

Zum Protokoll des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am 06. Juni 2024 werden keine Anmerkungen oder Änderungswünsche vorgetragen.

Beschluss:

Das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 6. Juni 2024 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. 0974/20 Örtlicher Pflegebericht 2024 des Landkreises Northeim

Herr Thomas Schmitt-Schäfer, Mitarbeiter der Firma Transfer-Unternehmen soziale Innovation war mit der Erstellung des Pflegeberichtes beauftragt und stellt mittels einer Power-Point-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage 1 beigefügt ist, die wesentlichen Erkenntnisse und die hieraus resultierenden Handlungsempfehlungen vor.

Eine wesentliche Handlungsempfehlung, die er zur Verbesserung der Pflegesituation geben kann, ist es, die kreisangehörigen Kommunen zu Initiativen anzuregen, die das Ziel verfolgen, die Nachbarschaftshilfe für ältere, hilfsbedürftige und gegebenenfalls alleinstehende Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Als Best-Practise-Beispiel stellt er kurz ein entsprechendes Projekt aus dem Landkreis Bernkastel-Wittlich vor, bei dem man sehr gute Erfahrungen sammeln konnte.

KTA Emunds möchte zum vorgestellten Projekt aus dem Kreis Bernkastel-Wittlich wissen, wie sich die Finanzierung dargestellt hat.

Herr Schmitt-Schäfer berichtet, dass die Kreisverwaltung dort eine Startfinanzierung

bereitgestellt hat. Die diversen Maßnahmen wurden hieraus dann durch eine Kommission in Teilsummen von 500,00 EUR bis maximal 2.000,00 EUR vergeben.

Frau Eppenstein verweist auf das Projekt MEAPP des Vereins Pro Inklusion e. V., welches ebenfalls einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Pflegesituation im Landkreis Northeim liefern kann.

KTA Hegeler entnimmt dem Bericht, dass im stationären Bereich nicht alle vorhandenen Plätze belegt sind. Er bittet um Auskunft, ob dieser Leerstand auf eine Bedarfsüberdeckung oder eher auf den Fachkräftemangel zurückzuführen ist.

Herr Schmitt-Schäfer erwidert, dass eine Bedarfsüberdeckung nicht feststellbar ist. Die vorhandene Nachfrage kann aus anderen Gründen nicht immer bedient werden.

KTA Jahns verweist darauf, dass es gerade bei den Entlastungsleistungen für Menschen mit noch geringeren pflegerischen Bedarfen kein ausreichendes Angebot gibt. Er möchte hier gerne an den späteren Beratungspunkt 6 anknüpfen und empfiehlt zu prüfen, ob man nicht geflüchtete Menschen für solche Leistungen relativ leicht qualifizieren könnte.

KTA Emunds beantragt die Beschlussempfehlung um eine Aussage zur Bereitstellung finanzieller Mittel zu ergänzen.

Frau Eppenstein bringt zum Ausdruck, dass sie gerne den Änderungsantrag der KTA Emunds unterstützen möchte.

Dezernent Rode nimmt den Wunsch nach einer Aussage zur Mittelbereitstellung dem Grunde nach zur Kenntnis. Er sagt für die Fachausschusssitzung im November 2024 eine entsprechende Aussage zur Finanzierung zu.

Frau Nölting fragt an, ob aufgrund der Erkenntnisse des Pflegeberichtes eine größere Unterstützung aus Landes- oder Bundesmitteln verwirklicht werden kann.

Dezernent Rode bringt zum Ausdruck, dass ein solcher Antrag aussichtslos ist, da die Mittelvergabe nach anderen Mechanismen erfolgt.

Der Vorsitzende lässt im Anschluss über die geänderte Beschlussformulierung abstimmen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

”

1. Der örtliche Pflegebericht 2024 für den Landkreis Northeim wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Landrätin wird beauftragt, Maßnahmen und Strategien zur Umsetzung der beschriebenen Handlungsempfehlungen zu entwickeln, diese dem Fachausschuss zur weiteren Beratung vorzustellen und einen Vorschlag zur

Mittelbereitstellung zu unterbreiten“

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit Änderung beschlossen

5.0008/20/ Antrag der SPD-Kreistagsfraktion; Einrichtung eines Regionalen A-2 Versorgungszentrums

KTA Adrian Kühn konkretisiert den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion dahingehend, dass man sich eine Aussage zur zukünftigen Versorgungssituation in den südwestlichen und westlichen Teilen des Kreisgebietes wünscht.

Herr Dr. Stiller, niedergelassener Hausarzt im Uslarer Land und hinzugeladener Sachverständiger bekommt das Wort. Er versichert, dass die gegenwärtige Versorgungssituation in seiner Region positiv ist. Es gibt einen regen Kontakt und Einigkeit zwischen den Ärzten und den Hauptverwaltungsbeamten in der Region. Die freien Zulassungen verkaufen sich unter den dort bereits niedergelassenen Ärzten. Es gibt keine hausärztlich nicht versorgten Bürgerinnen und Bürger. Diese Versorgung ist zumindest für die kommenden Jahre sichergestellt.

Herr Dr. Degener, Geschäftsführer der kassenärztlichen Vereinigung (KVN) Göttingen bestätigt diese Aussagen. Die hausärztliche Versorgung im Bereich Uslar, sowie im gesamten Landkreis Northeim ist gut. Alle freien Sitze können neu vergeben werden. Zur zukünftigen Versorgungssituation können allerdings nur schwer Prognosen gegeben werden. Die Lage wird jedoch durch die KVN fortlaufend beobachtet und beurteilt. Das ist jedoch kein spezielles Phänomen, welches nur im Landkreis Northeim zu beobachten ist, dieses gilt bundesweit. Aktuell und auf nähere Sicht ist die hausärztliche Versorgungssituation als unproblematisch zu bezeichnen.

KTA Emunds bedankt sich für die Berichte, und fragt, ob für die anderen Teile des Kreisgebietes, sie nennt explizit Northeim und Einbeck, entsprechende Ärztesprecher benannt sind, die zur dortigen Situation konkrete Aussage machen können. Des Weiteren bittet sie um Aussage dazu, wie sich die aktuelle Beschlusslage des Kreistags hinsichtlich des Stipendienprogramms und der Praxisförderung auf die künftige Versorgung auswirken dürfte.

Herr Dr. Degener erläutert die aktuellen Grundlagen der Versorgungsplanung. Hinsichtlich des Stipendienprogramms fehlen ihm Erfahrungswerte, um dies beurteilen zu können. Die Praxisförderung hält er für ein geeignetes Instrument, um die Versorgungssituation zu verbessern.

Frau Eppenstein mahnt die Wahrnehmung der Aufgaben durch die KVN an. Aufgrund des aktuell positiven Berichtes sieht sie zunächst keine Notwendigkeit für ein Regionales Versorgungszentrum.

Frau Nölting fragt, ob auch die aufsuchende Versorgung sichergestellt ist.

Dr. Stiller antwortet, dass im hausärztlichen Bereich auch die aufsuchende Versorgung, sowie die Barriere-Armut der Praxen sichergestellt ist. Er nimmt eher war, dass andere Professionen gelegentlich ungern aufsuchend tätig sind.

KTA Becker fragt an, ob sich der hohe Anteil der pflegebedürftigen Personen im Landkreis Northeim, die naturgemäß einen hohen Bedarf an ärztlicher Versorgung haben, bei der Beurteilung des Versorgungsgrades berücksichtigt wird.

Dr. Degener erläutert die Versorgung anhand einer Verhältniszahl (Bevölkerung/Ärzte). Die Verhältniszahl wird aufgrund belastender demographischer Faktoren verringert bzw. angepasst, so dass dann mehr Ärzte für die gleiche Bevölkerungszahl zuerkannt werden können.

Der Bürgermeister der Stadt Uslar, Herr Torsten Bauer ergänzt und bestätigt für sich und seine Kollegen aus Region, dass die hausärztliche Versorgungssituation gut ist. Dieses ist auf das hohe persönliche Engagement der Beteiligten zurückzuführen. Weniger gut ist die Notfallmedizin, die fachärztliche Versorgung, sowie die Erreichbarkeit der fachärztlichen Versorgung in anderen Orten. Er sieht hier für die ländlichen Bereiche des gesamten Kreisgebiets und nicht nur für das Uslarer Land dringenden Handlungsbedarf.

Dezernent Linck verweist erläuternd auf die aktuelle und abgestimmte Beschluss- und Auftragslage der Verwaltung aus der Sitzung des Ausschusses am 22. Januar 2024. Die dort festgelegten Handlungsschritte sind und werden verwaltungsseitig umgesetzt.

Frau Nölting merkt an, dass die Aussagen zur aufsuchenden hausärztlichen Versorgung sowie zur Barrierefreiheit der ärztlichen Praxen für den Bereich Northeim nicht zutreffend sind.

Dezernent Rode schlägt eine um die Aussagen der Ärzteschaft sowie der KVN zur hausärztlichen Versorgung im Uslarer Land ergänzte Beschlussformulierung vor.

KTA Hegeler teilt mit, dass seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit nimmt den aktuellen Sachstand zu dem Antrag der SPD-Kreistagsfraktion - Einrichtung eines Regionalen Versorgungszentrums - zur Kenntnis und stellt fest, dass die kassenärztliche Versorgung nach den Ausführungen der Ärzteschaft aus dem Uslarer Land sowie der KVN-Bezirksstelle Göttingen gegenwärtig auskömmlich aufgestellt ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig mit Änderung beschlossen

6. 0021/20/ A-1 Antrag der Kreistagsgruppe CDU/ FDP/ Die Unabhängigen; Arbeitsgelegenheiten nach § 16 d SGB II sowie § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Landkreis Northeim etablieren

Für die antragstellende Kreistagsgruppe bringen die KTA Kreitz und Jahns, sowie Frau Eppenstein zum Ausdruck, dass der Beschlussvorschlag insbesondere hinsichtlich der Förderung der Sprachkurse Zustimmung findet.

KTA Jahns wünscht sich zur Formulierung des Beschlussvorschlags zu Ziffer 1 mehr Verbindlichkeit und Nachdruck. Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollten aufgefordert werden, sich bei der Agentur für Arbeit zu melden.

Zudem wünscht er, dass die Beschäftigung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern für niederschwellige Assistenzleistungen in den im Beschluss genannten Ideen-Pool einfließt.

KTA Ebeling beantragt die getrennte Abstimmung nach den arabischen Ziffern der Beschlussvorlage, da ihm dieses die Möglichkeit gibt Teilen der Beschlussvorlage zuzustimmen; jedoch kann er dem unter Ziffer 2 genannten Teil der Vorlage nicht zustimmen. Hiergegen werden keine Einwände vorgebracht.

KTA Emunds schlägt zu Ziffer 2 vor, zunächst die Umsetzbarkeit in den Gemeinschaftsunterkünften zu prüfen und nach einem Jahr zu evaluieren, da ihr aus eigener Erfahrung der hohe Verwaltungs- und Personalaufwand bekannt ist.

KTA Kreitz wünscht sich konkrete und schnelle Maßnahmen. Er hat daher Bedenken, wieder zunächst zu evaluieren. Er bringt für die antragstellende Gruppe zum Ausdruck, dass der Punkt 2 der Beschlussvorlage unverändert beibehalten werden sollte.

Dezernent Rode konkretisiert, dass die Beschlussvorlage zu Ziffer 3 eine Alternative b) bereitstellt. Er nimmt aus der bisherigen Beratung mit, dass an diesem Punkt zur Alternative a) abgestimmt werden soll, die Mittel für Sprachkurse auch im Haushaltsjahr 2025/2026 bereitstellen soll.

Erster Kreisrat Richert deutet den Einwurf des KTA Jahns zur Assistenzleistung durch Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Weise, dass es sich nicht um eine Änderung des Beschlussvorschlags handelt, sondern um einen Hinweis auf geeignete Maßnahmen für den zu schaffenden Ideen-Pool. Er sichert zu, dass dieser Hinweis in den Ideen-Pool einfließen wird.

KTA Adrian Kühn konkretisiert den Antrag der KTA Emunds dahingehend, dass es hauptsächlich um den Aspekt des Aufwands an Personal und Verwaltung ging, der genauer Betrachtung unterzogen werden sollte.

Der Erste Kreisrat Richert merkt an, dass die Verwaltung konkrete umsetzbare Beschlüsse benötigt.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landkreis Northeim fordert Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive auf sich bei der Agentur für Arbeit zur Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt zu melden. Personen mit guter Bleibeperspektive, die nicht durch die Agentur für Arbeit vermittelt bzw. gefördert werden können, werden in eigene Sprachkurse des Landkreises Northeim eingesteuert.

2. Alle weiteren zugewiesenen Ausländerinnen und Ausländer werden dem Grunde nach gem. § 5 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zur Wahrnehmung von Arbeitsgelegenheiten verpflichtet. Die konkrete Einteilung zur Arbeitsaufnahme erfolgt im Rahmen der jeweils zugewiesenen Maßnahme.
3. Im ersten Schritt erfolgt der Einsatz zunächst nur in Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises Northeim, dieses ist nach einem Jahr zu evaluieren.
4. Dabei wird ein Arbeitsgelegenheiten-Ideenpool online eingerichtet, um die Maßnahmenvorschläge zu sammeln, zu prüfen und abzurechnen.
5. Haushaltsmittel für die Sprachkurse und Arbeitsgelegenheiten sind bereits im Haushalt 2023/2024 enthalten und sollen in gleicher Höhe in den Haushalt 2025/26 eingestellt werden.
 - a. Haushaltsmittel für die Sprachkurse sind bereits im Haushalt 2023/2024 enthalten und sollen in gleicher Höhe in den Haushalt 2025/26 eingestellt werden.
6. Der Kreistag Northeim ist fortlaufend über den Sachstand der Konzepterarbeitung und alle weiteren Belange zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

zu

1. einstimmig mit Änderung beschlossen.
2. bei einer Gegenstimme mit Änderung beschlossen.
3. der Änderungsantrag ist abgelehnt 6 Ja Stimmen und 6 Nein Stimmen.
4. einstimmig mit Änderung beschlossen.
5. einstimmig mit Änderung beschlossen.
6. einstimmig mit Änderung beschlossen.

7. 0022/20/ A-1 Antrag der AfD-Kreistagsfraktion; Pflicht zur gemeinnützigen Arbeit für Asylbewerber in den Kommunen im Sinne des Asylbewerberleistungsgesetzes

KTA Schmitz fragt die Verwaltung, warum sein Änderungsantrag vom 18. September 2024 sich nicht bei den Sitzungsunterlagen befindet.

Dezernent Rode teilt mit, dass der Änderungsantrag im Kreistagsinformationssystem hochgeladen wurde. Die Abgeordneten wurden hierüber informiert, so dass alle Beteiligten im Bilde sind.

Weitere Wortmeldungen gibt es zu diesem Punkt nicht, daher wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

„Der Kreistag stellt fest, dass der Antrag der Kreistagsgruppe CDU/FDP/Die Unabhängigen vom 29.04.2024 (Drs.-Nr. 0021/20/A) weitergehender ist als der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion vom 07.05.2024 zum selben Thema und sieht diesen daher als erledigt an.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8. 0023/20/ Antrag der AfD-Kreistagsfraktion; Geldzahlungen stoppen – Bezahlkarte A-1 für Asylbewerber sofort einführen

KTA Schmitz fragt die Verwaltung, ob schon ein Termin für die Einführung einer einheitlichen Bezahlkarte bekannt ist und ob man daran festhalten möchte, sich an der Einführung der einheitlichen Bezahlkarte zu beteiligen und keinen eigenen Weg zu beschreiten.

Der Erste Kreistat Richert verweist auf die Beschlusslage des Präsidiums des Niedersächsischen Landkreistags. Demnach soll für alle niedersächsischen Kommunen die Bezahlkarte einheitlich eingeführt werden. Hier wird der Landkreis Northeim nicht ausscheren. Ob es bei den kreisfreien Städten abweichende Meinungen gibt, ist ihm zum aktuellen Zeitpunkt nicht bekannt. Wenn das gewünscht ist, kann er das in Erfahrung bringen. Zum Zeitpunkt der Einführung kann er zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Angaben machen, da unter anderem im Ausschreibungsverfahren unterlegene Bewerber vor die Vergabekammer gezogen sind und bis dato keine Entscheidung vorliegt. Die bisherige Planung sieht eine Einführung noch im Herbst 2024 vor.

KTA Ebeling beantragt die getrennte Abstimmung nach arabischen Ziffern, da er die Einführung einer Bezahlkarte grundsätzlich für nicht sachgerecht hält. Insbesondere wäre es jedoch nicht sachgerecht, wenn der Landkreis Northeim eine eigene Bezahlkarte einführen würde, so dass er Ziffer 2 des geänderten Beschlusses zustimmen könnte.

Einwände hiergegen werden nicht vorgebracht. Daher lässt der Vorsitzende getrennt abstimmen.

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen:

1. „Der Landkreis Northeim schließt sich dem landes- bzw. bundesweiten Verbund der Bezahlkarte an, sobald diese verfügbar ist.“
2. „Der Landkreis Northeim führt keine eigene Bezahlkarte, auch nicht als Pilotprojekt, ein.“

Abstimmungsergebnis

zu

1. bei einer Gegenstimme mit Änderung beschlossen.
2. einstimmig mit Änderung beschlossen.

9. 0030/20/ A-1 Antrag der AfD-Kreistagsfraktion; Überprüfung von Sozialleistungsbetrug

KTA Schmitz fragt die Verwaltung, ob die Aufenthaltsverhältnisse der ukrainischen Flüchtlinge in sämtlichen Wohnungen überprüft werden.

Der Erste Kreisrat Richert erwidert, dass es solche Überprüfungen bei den durch den Landkreis angemieteten Wohnungen bereits gegeben hat und dass auch erneute Überprüfungen geplant sind. Für ukrainische Geflüchtete, die in selbst angemietetem Wohnraum leben, hat es eine solche Überprüfung seitens der Kreisverwaltung nicht gegeben.

Stefan Schäfer, Geschäftsführer des Jobcenters im Landkreis Northeim ergänzt, dass es solche Überprüfungen aufgrund konkreter Hinweise in allen Wohnungen gibt. Eine proaktive Überprüfung ohne konkrete Hinweise findet jedoch mangels der hierfür notwendigen personellen Ressourcen nicht statt.

KTA Kreitz fragt nach, von wem solche Hinweise das Job-Center erreichen.

Herr Stefan Schäfer erwidert, dass man solche Hinweise durch die Bevölkerung erhält.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag möge beschließen:

„Von den als Anlage 2 beigefügten Ausführungen der Geschäftsführung des Jobcenter Landkreis Northeim wird Kenntnis genommen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

10. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

Anfragen

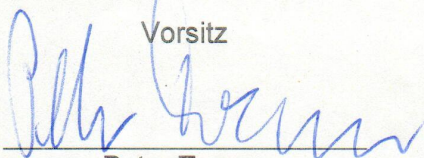
Es werden keine Anfragen gestellt.

11. **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

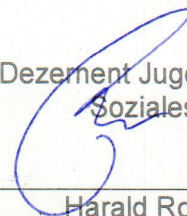
Der Vorsitzende
schließt die Sitzung um 17:36 Uhr.

Vorsitz



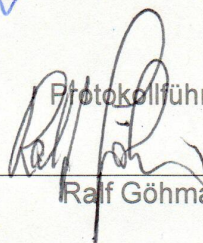
Peter Traupe

Dezernent Jugend und
Soziales



Harald Rode

Protokollführung



Ralf Göhmann